



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Sankt Augustin

Fraktionsvorsitzender Martin Metz

Rede zum Haushalt 2009

Ratssitzung, 11. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Jahr 2009 ist ein Jahr der Entscheidungen.

- Wir befinden uns in einer massiven Krise der globalen Wirtschaft. Auch wir in Sankt Augustin werden mit den Problemen konfrontiert: Sinkende Steuereinnahmen, höhere Arbeitslosenzahlen und insgesamt ein schlechtes Investitionsklima treffen uns schon heute. Und wie es weitergehen wird, das weiß nur der liebe Gott und der gibt selbst unseren Freunden von der christlich-demokratischen Union leider keine genaueren Auskünfte. 2009 ist aber auch ein Jahr der Chancen, um einen neuen Anfang zu wagen. Stichworte sind: Sanierungsstau, Bildungsoffensive, Klimaschutz, Energieeffizienz. Also: Welche Entscheidungen treffen wir angesichts der neuen Situation? Was müssen Staat, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger leisten?
- 2009 ist auch ein Wahljahr. Die Bürgerinnen und Bürger wählen ein Parlament für Europa, das auch Bedeutung für unsere Arbeit hier in unserer Stadt hat. Im September wird dann ein neuer Bundestag gewählt. Und egal wie die Regierungsmehrheit aussehen wird: Die ansteigende Verschuldung und die schlechten Wirtschaftsdaten lassen nicht erwarten, dass die nächsten Jahre als goldenes Zeitalter in die Geschichte dieser Republik eingehen werden. Und natürlich die Kommunalwahl. Dass die am 30. August stattfindet, ist parteipolitisch motiviert. Das alles lässt – neben anderem – auch einen Einblick in das mangelhafte Demokratieverständnis der schwarz-gelben Landesregierung zu. Uns in Sankt Augustin wird dieses Theater etwa 32.000 Euro mehr kosten. Soviel ist schwarz-gelb im Land eine möglichst geringe Wahlbeteiligung wert. Wolf ohne Schafspelz, kann ich da nur sagen.
- 2009 ist schließlich das Jahr, in dem zum ersten Mal ein Haushalt im Neuen Kommunalen Finanzmanagement beschlossen wird. Wir GRÜNE begrüßen die neue Denkweise, die damit einhergehen soll, auch wenn es die eine oder andere Macke hat. Dazu später mehr. Mit diesem Haushalt werden Entscheidungen getroffen wie mit dem knappen Geld umgegangen werden soll. Wo wollen wir investieren? Wo wollen wir sparen?

Alles das sind wichtige Fragen in diesem Jahr der Entscheidungen 2009.

Nun also zum ersten Mal ein Haushalt mit dem sperrigen Begriff „Neues Kommunales Finanzmanagement“. Der wichtigste Begriff dabei ist „Management“. Dieses Wort ist vielleicht abgenutzt, aber im Kern sagt es viel aus, wie Haushaltsführung in einer Kommune zu verstehen ist: Management bedeutet, dass man anhand konkreter Zielvorgaben unter Kenntnis der wesentlichen Daten die geeigneten Mittel auswählt, um das Ziel zu erreichen und die Zielerreichung nachher auch kontrolliert. Und so müsste das auch bei uns laufen.

Aber dieses Vorgehen scheint nicht Grundlage des Haushaltes zu sein. Dieser Haushalt ist in seiner Qualität nicht sonderlich homogen. Und das obwohl die Umstellung auf NKF ein Jahr später als vorgesehen geschehen ist. Und da muss sich die Verwaltungsspitze natürlich fragen lassen, warum dieser Haushalt trotzdem in seiner Qualität zu wünschen übrig lässt. Die Produkte sind uneinheitlich aufgeteilt und interne Verrechnungen sind nur spärlich vorhanden. Bestes Beispiel: Unser Produkt „Büroflächen“, für das es keine internen Verrechnungen gibt. Aber die muss es geben: Wenn das Kulturamt in fünf Büros sitzt, dort heizt und Strom verbraucht, dann sind das Ausgaben für Kultur und nicht für Büroflächen. Hingegen sind die Kennzahlen bei den Büroflächen vorbildlich, woanders ist das nicht so: Mal finden sich gar keine Ziele und Kennzahlen bei Produkten wie bei der Wirtschaftsförderung, manchmal füllen die Ziele eine halbe Seite wie beispielsweise beim Umweltschutz.

Also, dieses Management ist voller Macken. Und Christian Morgenstern erinnert uns daran, was so alles passieren kann: „Wer vom Ziel nicht weiß, // kann den Weg nicht haben, // wird im selben Kreis // all sein Leben traben.“ Deshalb haben wir GRÜNE einen Antrag gestellt, dass bis zum nächsten Haushalt die Produktstruktur und vielleicht auch schon Ziele und Kennzahlen in einer Arbeitsgruppe überarbeitet werden. Diesem Antrag haben alle Fraktionen stattgegeben, das war sicherlich die richtige Entscheidung. Weiter wäre es richtig, bald die Idee des Bürgerhaushalts aufzugreifen. Was sich woanders bewährt, muss endlich auch in Sankt Augustin kommen. Denn mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam kann die Haushaltsplanung besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden.

Nun zur Gesamtlage des Haushalts: Die letzten Jahre waren gut. Vor allem durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite konnte der Haushalt stabilisiert werden. Nur: Wenn wir in den fetten Jahren einen fast ausgeglichenen Haushalt haben, dann ist klar was in den mageren Jahren passieren wird. Und diese mageren Jahre stehen uns nun bevor. Für dieses Jahr werden wir nicht im Haushaltssicherungskonzept landen und das obwohl NKF wie es so schön heißt „systembedingte Verschlechterungen“ mit sich bringt. Was das ist? Sie liefern die Wahrheit über die Finanzlage der Stadt. Sie zeigen, dass Sankt Augustin kameral dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt hätte, aber im NKF haben wir ein Defizit im Ergebnisplan von knapp 7 Millionen Euro. Wegen der Abschreibungen, wegen der Pensionsrückstellungen und so weiter. Sankt Augustin lebt nach wie vor auf Pump. Und das ist schon einmal eine klare Aussage, auf deren Grundlage wir entscheiden müssen.

Und warum sind wir dann nicht im Haushaltssicherungskonzept? Ganz einfach: Es existiert eine fiktive Ausgleichsrücklage im NKF. Nur rein buchungstechnisch ist unser Haushalt ausgeglichen. An dieser Stelle ein ausdrückliches Lob an die Verwaltung, die der Versuchung widerstanden hat, von einem ausgeglichenen Haushalt zu reden. Denn klar ist: Auch unter Einbeziehung der Ausgleichsrücklage wird die Stadt vermutlich bereits in 2010 oder 2011 wieder den strengeren Vorschriften der Haushaltsführung unterworfen.

Dieser Haushalt beruht auf Steuerschätzungen, die angesichts der Wirtschaftskrise nicht mehr realistisch sind. Aber was realistisch ist, weiß niemand. Nur: Wenn die Bundesregierung „optimistisch“ mit einem Rückgang des BIP um 2,25 % rechnet, dann werden wir die vorgesehenen Steuereinnahmen in Höhe von etwa 52 Millionen Euro (1,3 Millionen Euro weniger als in 2008) kaum realisieren können. Und auch das Land wird die Krise treffen und dann werden auch die Schlüsselzuweisungen gekürzt. Das alles vor dem Hintergrund einer permanent hohen Verschuldung Sankt Augustins in Höhe von über 100 Millionen Euro.

Was ist also noch alles möglich? Welche Entscheidungen treffen wir als Rat unter solchen Rahmenbedingungen.

Was die Steuerung unserer Verwaltung angeht, so wurden hier zu oft falsche oder gar keine Entscheidungen getroffen. Das Personalentwicklungskonzept ist nach 9 Jahren Amtszeit des Bürgermeisters Schumacher und CDU-Mehrheit nun beschlossen worden. An sich ist es gut und richtig, aber es fehlt eine grundsätzliche Aufgabenkritik. Hoffentlich braucht es dafür nicht auch wieder 9 Jahre.

Apropos lange Zeiträume: Im Bereich der Stadtentwicklung hat sich in den letzten Jahren vor allem durch das Engagement des zuständigen Dezernenten einiges getan. Nach dem verabschiedeten Stadtentwicklungskonzept 2025– von dem die CDU immer noch nicht begriffen hat, dass wir die konkreten Maßnahmen damals ausgeklammert haben – hat Sankt Augustin nun auch einen neuen Flächennutzungsplan. Dieser Plan ist besser als der alte. Er weist aber zum Teil in die falsche Richtung. Zum Glück konnte zumindest die CDU vom Ziel der Bebauung „Am Kreuzeck“ abgebracht werden. Woanders trifft eine „ganz große Koalition“ aus CDU, SPD und FDP rückwärtsgewandte Entscheidungen. Menden Süd soll massiv ausgebaut werden mit einer L16n, trotz der ökologischen und ökonomischen Bedenken. Ebenso werden weitere Wohnbauflächen angestrebt, obwohl sich die Stadt endlich konsolidieren müsste. Neben der Umwelt werden gerade auch die Folgekosten bei der Infrastruktur außer acht gelassen. Oder man deklariert normale Wohnbauprojekte als innovativ wie im Klosterpark. Diese Denkweise wird den Haushalt in Zukunft noch belasten. Nachhaltig ist das nicht. Es fehlt zudem an verlässlichen Analysen zur demographischen Entwicklung, um den zukünftigen Infrastrukturbedarf prognostizieren zu können.

Positiv hingegen ist, dass auch in diesem Haushalt Mittel für das „Grüne C“ in Höhe von etwa 1,8 Millionen Euro vorgesehen sind. Eine richtige Entscheidung. Dieses Projekt ist vorbildlich: Es wertet die Umwelt auf, erhöht die Lebensqualität und macht die Stadt attraktiv für Gäste von außerhalb. Die Krönung wäre ein Umweltbildungszentrum und Nationalparktor im Pleistalwerk und wir GRÜNE werden weiter darauf dringen, dass dieses Ziel Realität wird.

Dass Sankt Augustin eine Mittelstadt mit 56.000 Einwohnern ist, wird uns deutlich, wenn man sich die Verkehrssituation ansieht. Unser Kreuz mit der Kreuzung, an der optimiert wird bis zum „geht nicht mehr“ und trotzdem manchmal nichts mehr geht. Oder unsere Kreuzungen in Niederpleis und eventuell in Mülldorf, bei denen man nur hoffen kann, dass durch Kreisel im wahrsten Sinne des Wortes alles rund laufen wird. Alles das zeigt uns: Verkehrsvermeidung und der Umstieg auf den ÖPNV und das Fahrrad sind die besten Mittel, um die Umwelt zu schonen und die Verkehrsbelastung zu reduzieren. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich begrüßen, dass die Fraktionen sich in einer Arbeitsgruppe auf eine quasi aufkommensneutrale Position für erhebliche Verbesserungen im Busnetz geeinigt haben. Jetzt müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass der Kreis in unserem Sinne entscheidet. Bei der Förderung des Fahrradverkehrs hingegen hat sich zu wenig getan.

Die Verkehrsbelastung ist sicherlich auch ein Thema in Zusammenhang mit der Lage der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung im Zentrum wird uns diesbezüglich auch noch beschäftigen. Dabei begrüßen wir GRÜNE die Entwicklungen auf dem Baufeld MK 1. Wir hoffen dadurch auf erhebliche Impulse für die Entwicklung im Zentrum und auch auf Mehreinnahmen. Dabei können wir die Position der SPD-Fraktion kaum nachvollziehen, die trotz vieler Reserveflächen für die FH und wissenschaftliche Einrichtungen eine Stärkung des Sankt Augustiner Zentrums durch das Projekt MK 1 weiter ablehnt. Genauso wenig können wir Herrn Bürgermeister folgen, wenn er in der Vergangenheit große Umwälzungen beim HUMA ankündigt, aber später ganz still ist, wenn sich dann doch nichts tut.

Überhaupt bedarf die städtische Wirtschaftspolitik einer Neuorientierung. Unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft beschränkt sich zu sehr auf die Flächenpolitik und achtet zu wenig auf die Bestandspflege und die Herausbildung von Netzwerken unserer Betriebe. Wirtschafts Bühne und Jungunternehmer-Stammtisch reichen noch lange nicht aus. Wir müssen dabei immer daran denken, dass vor allem die Gewerbesteuer ein wesentliches Fundament unseres Haushalts ist. Symbolisch für den Stillstand ist das alte Stadtlogo, das wir gerne ersetzen würden und zum Bestandteil eines Neuanfangs beim Stadtmarketing machen wollen. Übrigens gehört dazu auch eine aktuelle und ansprechende Internetseite. Ich appelliere an die anderen Fraktionen und die Stadtverwaltung: Treffen Sie in Zukunft mit uns gemeinsam die Entscheidung für einen Neuanfang bei der Wirtschaftsförderung und beim Stadtmarketing und beenden Sie den Stillstand!

Besonders wichtige Entscheidungen werden auch im Bereich des kommunalen Vermögens noch zu treffen sein. Mit der angestrebten „Öffentlich-Privaten-Partnerschaft“ (ÖPP) – hoffentlich wird das keine kriselnde Ehe – für eine umfassende Sanierung der Sportstätten geht die Stadt neue Wege. So können wir die Attraktivität Sankt Augustins als Stadt des Sports erhalten oder sogar steigern. Wir GRÜNE begrüßen grundsätzlich dieses Instrument, solange sichergestellt ist, dass ÖPP für die Stadt sicher und wirtschaftlich ist. Dazu haben wir auch immer wieder Nachfragen gestellt und werden das alles weiter kritisch-konstruktiv begleiten. Wachsamkeit bei ÖPP ist unerlässlich, doch man sollte dieses Vorhaben nicht in polemischer Weise mit Cross-Border-Leasing gleichstellen. Achja, da war ja was. Wir können uns glücklich schätzen, dass CBL gescheitert ist. Hätten sich die CDU und Bürgermeister Schumacher damals durchgesetzt, hätten wir in diesem Haushalt wahrscheinlich noch größere Probleme.

Zum Thema langfristiges Management: Unter dem Eindruck der erfolgten Sanierungen – wegen des Amtsschimmels – haben wir GRÜNE nun schon zweimal ein ständiges Monitoring der städtischen Gebäude gefordert. Und das vor dem Hintergrund eines jahrelangen Missmanagements bei den Gebäuden, das uns schließlich Millionen gekostet hat. Das Monitoring würde uns jetzt Geld kosten, könnte aber über Jahre viel Geld sparen, wenn dadurch Schäden schnell erkannt und behoben werden. Das wurde von CDU und FDP bisher abgelehnt. Eine falsche Entscheidung - offensichtlich wurde aus der Vergangenheit nichts gelernt. Schäden, von denen wir alle hoffen, dass sie nicht eintreten, hätten fatale Auswirkungen auf den Haushalt. Trotzdem haben wir GRÜNE die Hoffnung, dass sich vielleicht langsam der Monitoring-Gedanke, wie er im Tiefbau bereits existiert, auch auf die städtischen Gebäude übertragen lassen wird. Erste Kommentare bei der CDU weisen da in die richtige Richtung. Jedenfalls werden wir uns weiter dafür engagieren.

Überhaupt das Management unserer Gebäude: Über die Baukosten und die Entwicklungen rund um die Realisierung der OGS-Maßnahmen wird noch zu reden sein. Hoffentlich finden wir nun das „Ende mit Schrecken“, aber über die Gründe des Schreckens wird man sich noch

zu unterhalten haben. Priorität hat zunächst, dass alle Maßnahmen schnell abgeschlossen werden, zum Wohl der Kindern und ihrer Eltern. Aber danach werden wir noch viel zu analysieren haben.

Weiter Gebäude: Vor einem Jahr haben wir eine wichtige Entscheidung getroffen. Dem Haushalt 2008 wurde auf Initiative der GRÜNEN-Fraktion ein Begleitbeschluss zur Seite gestellt, den Energieverbrauch der städtischen Infrastruktur zu senken. Da hat sich bis jetzt zwar etwas getan, aber nicht genug. Symptomatisch dafür ist, dass im Haushaltsentwurf als Planzahlen für den Energieverbrauch im Rathaus einfach die Zahlen aus 2008 eingetragen wurden. Das wurde auf unseren Antrag hin korrigiert, hoffentlich ist dies ein Ansporn für die Verwaltung. Die Energiekosten betragen einige Millionen Euro und das zeigt schon welches Einsparpotenzial darin steckt, das auch noch die Umwelt schonen kann.

An dieser Stelle möchte ich auf das Konjunkturpaket II eingehen, das uns Möglichkeiten gibt. Wir GRÜNE fordern, dass der überwiegende Anteil wie vom Gesetzgeber vorgesehen in die energetische Sanierung fließt. Nach ersten Schwierigkeiten haben wir nun gemeinsam einen Kurs gefunden. Der weist einen richtigen Weg, um angesichts knappen Personals und einer angespannten Finanzsituation die Mittel aus dem Konjunkturpaket sinnvoll einzusetzen. Das ist die richtige Entscheidung, denn Maßnahmen zur Energieeinsparung werden sich schnell rentieren. Und natürlich bringt die Sanierung von Schulgebäuden und sonstigen Einrichtungen aus dem Sozial- und Jugendbereich auch Vorteile für die Kinder und Jugendlichen. Auch begrüßen wir es ausdrücklich, dass das Konjunkturpaket II nach vielen, vielen, vielen Initiativen der GRÜNEN Verbesserungen bei der Straßenbeleuchtung ermöglicht, zum Wohle des Klimas und des Stadtsäckels. Immerhin zahlen wir alleine für die Straßenbeleuchtung jährlich über 500.000 Euro Stromkosten.

Woanders tut sich auch etwas. Ein massiver Ausbau der Kinderbetreuung, gerade auch im U3-Bereich, ist wesentlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und die Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte. Die Arbeitsgruppen des Jugendhilfeausschusses haben gute Arbeit geleistet. Sie haben die GRÜNEN an Ihrer Seite, wenn die Entscheidungen für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung zu treffen sind.

Nicht ganz so rosig sieht es bei den Schulen aus. Der in 2007 erarbeitete Schulentwicklungsplan zeigt nun leider seine Anfälligkeit. Sicherlich hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihrer Weigerung eine umfassende Schulreform anzugehen auch dazu beigetragen. Aber wir vor Ort haben Spielraum, um das Schulangebot zu optimieren. Deshalb streben wir GRÜNE langfristig auch eine Umstrukturierung in der Sankt Augustiner Schullandschaft an, vor allem was die Zukunft der Haupt- und Realschulen angeht. Und natürlich gehört zu einer vollständigen Schullandschaft auch ein Gesamtschulangebot, wenn die Eltern dies wünschen. Nach langem hin und her hat die CDU hier endlich eingeschwenkt, während die FDP weiterhin nicht am Elternwille interessiert ist. Der könnte ja für sie politisch unbequeme Sachverhalte zu Tage bringen. Alles weitere wird/wurde unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt diskutiert.

Langfristig wird es auch notwendig sein, die Schulen besser mit dem regionalen Bildungsumfeld zu vernetzen. Wir brauchen mehr Kooperationen zwischen Schulen, Betrieben, der Fachhochschule und weiteren Einrichtungen. Wir sind die WissensstadtPlus, doch dieses Leitbild findet sich quasi gar nicht im Haushalt wieder. Die Aufgabe der Stadt muss sein, Bildungsnetzwerke zu fördern. Das sind Investitionen in die Zukunft, doch hier mangelt es dem Bürgermeister und schwarz-gelb offensichtlich am Willen und Visionen. Die sind aber nötig, wenn man dem Label WissensstadtPlus gerecht werden möchte.

Ähnlich verhält es sich bei der Jugendsozialarbeit. Nicht dass wir uns falsch verstehen: Die ist keineswegs schlecht. Aber offensichtlich verkennen hier einige immer noch die Notwendigkeit, das Engagement unserer Stadt bei der Jugendarbeit zu verstärken. Die Berichte über Konflikte mit Jugendlichen häufen sich. Wir alle sind uns einig, dass Jugendliche Raum zur Entfaltung brauchen. In dieser reglementierten Gesellschaft braucht es Orte, wo Kinder und Jugendliche sich austauschen und ausprobieren können, Plätze an denen sie sich frei und ungezwungen bewegen können. Der gute Kontakt zu Jugendlichen sollte uns wichtig sein. Dabei muss uns allen klar werden, dass wir uns politisch und auch finanziell in Zukunft noch stärker gerade bei der Jugendsozialarbeit engagieren werden müssen. Gerade in schwierigen Altersstrukturen und Schichten hat sich die Arbeit des Streetworkers als sinnvoll erwiesen. Wir können auf diesen Bereich der Jugendarbeit nicht mehr verzichten. Wir sollten ihn vielmehr stärken, das passiert mit diesem Haushalt aber nicht. Die soziale Kluft wird immer größer und immer mehr Jugendliche fühlen sich ohne Chancen auf Bildung und Arbeit allein gelassen. In vielen Familien gibt es unlösbare finanzielle Probleme und kaum Perspektiven für die Zukunft. Wir müssen durch Bildung und ergänzende Maßnahmen diesen Familien Hilfe bieten und mit ihnen gemeinsam Perspektiven schaffen. Und auch das wird nicht ohne Geld gehen, das wir aber in die Hand nehmen müssen.

Wichtig ist auch die Mitbestimmung von Jugendlichen. Hier tut sich endlich etwas. Auf einer Diskussionsveranstaltung Ende letzten Jahres wurde endlich deutlich, dass es erheblichen Nachbesserungsbedarf beim Kinder- und Jugendparlament gibt. Vor allem die Jugendlichen brauchen eine eigene demokratischere Vertretung und mehr Beratungskompetenzen. Und trotz mancher üblicher politischer Schaumschlägerei, wer denn nun dem Projekt „Jugendrat“ seinen Partei-Stempel aufdrücken darf, überwiegt bei uns doch die Freude darüber, dass sich hier endlich etwas tut. Eine gute Investition ist eine Investition in das Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen, dass es sich lohnt mit Engagement Zukunft mitzugestalten.

Wir GRÜNE müssen nun entscheiden, ob wir diesem Haushalt, der eben auch diese Zukunft plant, zustimmen. Wir werden nicht zustimmen.

Wie Helmut Kohl schon sagte: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ Dieser Haushalt bedeutet im großen und ganzen „weiter so“. In vielen Bereichen offenbart er die Ideenlosigkeit der Verwaltungsführung durch den Bürgermeister und der Politik der schwarz-gelben Ratsmehrheit. Neue Ansätze sind spärlich und ein wirklicher Kurswechsel für mehr Management und Konsolidierung des städtischen Haushaltes fehlt völlig.

Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, werden diesen Haushalt beschließen und entscheiden sich damit für Stillstand auch im Jahr 2009. Wir GRÜNE entscheiden uns gegen diesen Stillstand, denn Konsolidierung des Haushaltes bedeutet nicht Untätigkeit. Im Gegenteil: Stillstand macht die Situation schlechter. Wir GRÜNE werden weiter sachlich und konstruktiv auf mehr Bewegung zum Wohle unserer Stadt Sankt Augustin dringen. Und dann werden die Wählerinnen und Wähler hoffentlich so entscheiden, dass die GRÜNEN hier demnächst mehr entscheiden können.

Abschließend möchte sich die GRÜNE Fraktion trotz aller notwendigen Kritik für die Arbeit der Stadtverwaltung, besonders Herr Raubach und seine Mitarbeiter, bedanken. Und auch die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen haben wir größtenteils positiv erlebt, auch dafür einen herzlichen Dank. Lassen Sie uns auch in den bevorstehenden Monaten sachlich und engagiert um den richtigen Kurs für unser Sankt Augustin ringen. Denn für uns GRÜNE und sicherlich auch für Sie ist die Motivation zum politischen Diskurs wie hier beim Haushalt

alleine der Wille, für unsere Stadt und die hier lebenden Menschen das Beste zu erreichen. Wir werden nur dann den Ansprüchen dieser Gesellschaft genüge tun, wenn wir die Probleme angehen und keine Zeit mehr verstreichen lassen. Wir müssen aktiv werden. Wir müssen die Fehler der letzten Jahre korrigieren und gemeinsam die richtigen Entscheidungen für eine gute Zukunft der Stadt Sankt Augustin treffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.